

Info-Mail



Von: Besseres Lernen [mailto:pressestelle@wir-wollen-lernen.de]

Gesendet: Mittwoch, 21. November 2012 10:51

An: "pressestelle@wir-wollen-lernen.de" (pressestelle@wir-wollen-lernen.de)

Betreff: Hamburger Umsetzung der "Inklusion" immer absurder - Gymnasien sollen Stunden abgeben

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,
liebe Eltern und Großeltern, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Lehrkräfte, liebe Schulsekretariate
und liebe Schulleitungen,

während die Hamburger Schulbehörde unter Schulsenator Ties Rabe nicht sicherstellen kann, dass die auf Grund des Inklusions-Paragraphen (§ 12 SchulG) an allgemeinen Schulen angemeldeten Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf dort auch tatsächlich individuell von Sonderpädagogen gefördert werden können, kommt bereits ein neuer Vorschlag von Anhängern der „Inklusion“, dieses Mal von der schulpolitischen Sprecherin der GRÜNEN. Auch dieser Vorschlag ist freilich nicht auf eine individuelle sonderpädagogische Förderung der betroffenen Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen gerichtet, sondern auf eine Umverteilung von den Gymnasien an die Stadtteilschulen und möchte wie die Pläne von Senator Rabe beim Gießkannenprinzip, genauer, bei der „systemischen Ressourcen-Zuweisung“ ansetzen. Die Idee: Ein sog. „Hilfsfond“ in Höhe von 13 Millionen Euro soll gebildet werden. Hört sich gut an, soll aber nicht einzelnen betroffenen Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zu Gute kommen, sondern nur den Stadtteilschulen als solchen, damit diese bzw. deren „Förderkoordinatoren“ unbürokratisch Mittel aus dem Fond abrufen könnten, so dass befristet Personal eingestellt oder Coaching finanziert werden könne.

Finanziert werden soll der Vorschlag durch die Gymnasien. Obwohl diese bereits seit Jahren unter zu hohen Unterrichtsausfällen und unzureichenden Vertretungen leiden, sollen die Gymnasien ihre Vertretungsreserve um 13 Millionen Euro kürzen:

taz v. 20.11.2012: Grünen-Vorschlag - Gymnasien sollen abgeben

<http://www.taz.de/Gruenen-Vorschlag/!105914/>

Immerhin: Schulsenator Rabe wird in der taz bereits damit zitiert, dass er von dem Vorschlag nichts halte. Wie absurd die Umsetzung der Inklusion unter Senator Rabe durch die Abschaffung der sonderpädagogischen Gutachten für die Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und die Abschaffung ihrer individuellen sonderpädagogischen Förderung an den allgemeinen Schulen zunehmend gerät, wird an dem Kommentar von Kaija Kutter deutlich:

taz v. 20.11.2012: Daten auf den Tisch!

<http://www.taz.de/Kommentar-Inklusionsfonds/!105915/>

Es sei richtig, so Kaija Kutter, „die Förderstunden für Kinder mit Lernschwierigkeiten den Schulen pauschal zuzuweisen, statt sie an Einzel-Gutachten zu knüpfen. So verhindert man Stigmatisierung und den Effekt, dass Kindern Defizite zugewiesen werden,...“.

Anders ausgedrückt: **Um Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, d. h. mit konkreten Behinderungen, nicht zu „stigmatisieren“, schafft man ihre individuelle sonderpädagogische Förderung ab. So fühlt sich die Seele des Schulpolitikers und Gutmenschen wohl, weil ja die betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht mehr stigmatisiert werden.** Dass dabei ihre individuelle Förderung auf der Strecke bleibt, kümmert die Gutmenschenseele offenbar nicht.

Herzliche Grüße,
Ihr Team „Wir wollen lernen!“

Immer aktuell: FORUM BILDUNG HAMBURG

Diskutieren Sie bildungspolitische Themen im Live-Chat

Facebook: <http://www.facebook.com/groups/303593083088365/>

„Wir wollen lernen!“**Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.**

Dr. Walter Scheuerl (Sprecher)

Tel.: +49 (0)40 359 22-270

Mobil: +49 (0)172 43 53 741

Fax: +49 (0) 40 359 22-224

E-mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de

Internet: www.wir-wollen-lernen.de

Am 18.7.2010 konnten die Primarschul-Pläne mit dem erfolgreichen Volksentscheid endgültig - und für Senat und Bürgerschaft verbindlich - gestoppt werden! Mit der Verabschiedung des 14. Änderungsgesetzes zum Hamburger Schulgesetz am 15.9.2010 ist der Volksentscheid erfolgreich umgesetzt worden. Die Volksinitiative "Wir wollen lernen!" hat durch zweieinhalb Jahre ehrenamtliches Engagement vieler Tausend Hamburgerinnen und Hamburger viel erreicht:

- Erhaltung der Grundschulen bis Klasse 4
- Erhaltung der weiterführenden Schulen ab Klasse 5
- Erhaltung des Elternwahlrechts für die Schulform der weiterführenden Schulen
- Erhaltung der Gymnasien mit eigenständigem Bildungsauftrag und Beobachtungsstufe
- Sicherstellung verlässlicher und transparenter Informationen für die Eltern durch Schullaufbahnpflicht als Einschätzung der Zeugniskonferenz in Klasse 4, die den Eltern auch auszuhändigen ist
- Ein individuelles Recht der Eltern auf begleitende Notenzeugnisse auch schon in Klasse 3 sowie
- gegenüber der ursprünglichen Planung kleinere Klassen
- Abschaffung von Büchergeld.

Doch das Schulgesetz ist nur das Fundament für wirklich gute und erfolgreiche Schulen in Hamburg. Jetzt kommt es darauf an, dass das Ergebnis des Volksentscheids auch nachhaltig und ehrlich umgesetzt wird. Denn die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen wollen gute Schule leben!

„Wir wollen lernen!“- Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.

AG Hamburg, VR 20129, Vorstand: Ulf Bertheau, Dr. Walter Scheuerl, Ralf Sielmann

Hamburger Sparkasse

BLZ 200 505 50

Konto Nr. 1280 / 310 689

Hinter der im Frühjahr 2008 gegründeten Initiative stehen engagierte Eltern, Lehrer, Schüler und Bürger aus allen Stadtteilen Hamburgs.